

Bewerbung als Direktkandidatin für den Wahlkreis 1 in Kreuzberg



Liebe Freund*innen,

als wir Ende 2016 das Rot-Rot-Grüne Projekt gestartet haben, sind wir Grüne nicht nur für einen Paradigmenwechsel in der Verkehrs- und Klimaschutzpolitik angetreten, sondern auch für eine Neuausrichtung der Berliner Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik – damit wir auch Morgen noch eine solidarische, gemischte Stadtgesellschaft sind.

Den Mieter*innen verpflichtet

Der Ausverkauf unserer Kieze ist spätestens seit der letzten Finanzkrise 2009 ein immer größer werdendes Problem. Im Jahr 2019 sind über 21 Milliarden Euro für Immobilienkäufe über die Berliner Ladentheke gegangen. Die hohen Kaufpreise produzieren hohe Bodenpreise, die den kostengünstigen Neubau an vielen Stellen unmöglich machen. Die großen börsennotierten Immobilienunternehmen besitzen bereits über 15 Prozent der Wohnungen auf dem Berliner Markt und damit fast genauso viel wie unsere landeseigenen Wohnungsunternehmen. Immer mehr Menschen geben fast die Hälfte ihres Einkommens für die Miete aus. Deshalb war es notwendig, mit dem Mietendeckel die Notbremse zu ziehen.

Und der Deckel wirkt: entgegen dem allgemeinen Städtetrend sind die Mieten in Berlin gesunken. Indem wir zum ersten Mal seit der Föderalismusreform 2006 das Wohnungswesen als Landeskompetenz genutzt haben, haben wir gezeigt, dass wir es ernst meinen mit einer Neuausrichtung des Berliner Wohnungsmarktes hin zu einem gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt à la Wien. Unser politischer Auftrag muss jetzt sein, hier nicht nachzulassen – ganz im Gegenteil.

Dass wir den Umbau nicht in einer Legislaturperiode schaffen, auch weil die Widerstände groß sind, war erwartbar. All die vielen Aufgaben sind ein Mammutprojekt – vom Bestandsschutz der Mieter*innen, der 20 Jahre zuvor sträflich vernachlässigt wurde, dem Kampf für das Vorkaufsrecht, damit wir uns die Stadt wirklich wieder zurückholen, bis hin zu einem bedarfsgerechten Neubau, der den Wohnungsmangel nachhaltig abbaut – es bleibt verdammt viel zu tun, aber erste wichtige Grundsteine sind gelegt.

Viele Wege führen nach Wien – für eine Wende in der Wohnungspolitik

Ich habe mich dafür eingesetzt, die Anzahl der Milieuschutzgebiete stadtweit auszubauen – seit Ende 2016 sind ca. 30 neue Gebiete hinzugekommen. Fast 1 Mio. Menschen profitieren davon. Gleichzeitig habe ich mich dafür stark gemacht, mehr Mittel für Personal und kostenfreie Mieter*innenberatungsstellen in den Bezirken bereit zu stellen. Um den spekulativen Leerstand zu beenden oder illegale Ferienwohnungen zu verhindern, haben wir das Gesetz zum Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum verschärft. Beim alten Sozialen Wohnungsbau haben wir die Mieten zumindest für die einkommensschwachen Haushalte gesenkt. Wir haben die landeseigenen Wohnungsunternehmen weiter sozial umgebaut, die Neubauförderung für den Sozialen Wohnungsbau massiv erhöht, eine Genossenschaftsförderung für den Neubau und Bestandsankauf erkämpft sowie das Vorkaufsrecht als zentrales Instrument etabliert. Insgesamt haben wir es geschafft, über 20.000 Wohnungen dauerhaft der Spekulation zu entziehen. Trotz aller Angriffe auch gegen die DIESE eG werden wir uns hier nicht einschüchtern lassen und das Vorkaufsrecht weiterhin einsetzen. Um noch schlagkräftiger zu werden, brauchen wir ein Bündnis mit den Genossenschaften und allen gemeinwohlorientierten Akteur*innen, die bereit sind dauerhaft leistbaren Wohnraum anzubieten. Dafür brauchen sie aber auch endlich ausreichend politische Unterstützung. Beim Neubau müssen wir bei Grundstücksvergaben im Erbbaurecht faire und verlässliche Bedingungen schaffen. Der Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030 setzt das Ziel, dass jede zweite Neubauwohnung bis dahin gemeinwohlorientiert bzw. gemeinnützig ausgerichtet sein soll. Hierfür brauchen wir einen konkreten Stufenplan.

Der Mietendeckel darf erst der Anfang sein - Schluss mit dem Monopoly

Ein wichtiges Projekt für die nächste Legislatur ist die Einführung eines Wohn- und Mietkatasters. Damit wollen wir den Mietendeckel nicht nur besser kontrollieren, sondern ihn auch nach 2025 weiterentwickeln. Für uns ist klar: Wir können den Mietendeckel nicht einfach auslaufen lassen, solange der Berliner Wohnungsmarkt weiterhin angespannt ist. Solange wir Verdrängung durch Immobilienspekulation erleben und der Bundesgesetzgeber dem keinen Riegel vorschiebt, brauchen wir eine Regulierung durch ein öffentliches Preisrecht im Wohnungswesen.

Es muss Schluss sein mit der Erzielung von überhöhten Dividenden durch große, börsennotierte Wohnungsunternehmen, die mit dem wirklichen Wert der Häuser oft überhaupt nichts zu tun haben.



Der Berliner Wohnungsmarkt wird immer mehr zum Spielball der Finanzmärkte – das müssen wir dringend stoppen! Der Volksentscheid zur Vergesellschaftung von ca. 260.000 Wohnungen kann eine große Chance für Berlin sein, die wir nutzen müssen. Hier kann das Primat der Politik wieder hergestellt werden und wir ein starkes Signal setzen, dass man als Regierung zu konsequentem Handeln zum Schutz der Bevölkerung bereit ist – trotz aller Widerstände.

Kreuzberg bleibt anders

Das Thema Wohnen und Mieten spielt auch im Wahlkreis 1 und im ganzen Bezirk eine zentrale Rolle. Genauso wie die Verdrängung von Kleingewerbe und sozialer Infrastruktur. Nicht jede Kündigung konnte ich verhindern, aber oft haben wir Lösungen gefunden oder der gemeinsame Protest mit der Zivilgesellschaft war erfolgreich. Ob Hausbesetzungen, bei rechten Aufmärschen wie dem „Frauenmarsch“, ob diverse Vorkaufsfälle, die Rekommunalisierung des Kotti, der Kampf für eine kooperative Stadtentwicklung und neue Liegenschaftspolitik beim Ratiborgelände und bei der Lause oder der Kampf um den Erhalt von „Kisch&Co“ oder um den alten sozialen Wohnungsbau rund um den Hafenplatz bzw. im Fanny-Hensel-Kiez – ich habe immer versucht, dort zu sein, wo ich meinen Beitrag leisten und die Menschen unterstützen kann. Aber auch für Verkehrsberuhigungen rund um die Katzbachstraße oder im Bergmann-Kiez habe ich mich eingesetzt. Rund um Marheinekeplatz und Südsterne stehe ich im Austausch mit verschiedenen Aktiven vor Ort, um die Situation gemeinsam zu verbessern und Menschen vor Ort mitzunehmen. Um die negativen Folgen durch den Tourismus zu lindern, habe ich auch an der Neuausrichtung der Tourismuspolitik gearbeitet. Auch wenn es bei der Umsetzung hakt, haben wir ein neues kiez- und stadtverträgliches Konzept erreicht, das die Bezirke stärkt und Bürger*innen mehr Mitsprache ermöglicht. Zwar gehört der Hermannplatz zukünftig leider nicht mehr zum Wahlkreis, mein Engagement gegen den Abriss des Karstadt und damit gegen die höchstmögliche Verwertung des Grundstücks durch Signa werde ich aber fortsetzen.



Liebe Freund*innen,

dass wir aus Friedrichshain-Kreuzberg heraus eine progressive, mutige und konkrete „Regierungspolitik“ machen können, haben wir in den letzten Jahren bewiesen. Jetzt ist es wichtig, dass Berlin auch dem Vorbild von Xhain folgt und wir das Rote Rathaus endlich grün „anstreichen“. Ich will weiter für eine gerechte Wohnungspolitik, für die Menschen dieser Stadt und für uns Grüne kämpfen. Dafür bitte ich Euch um Eure Unterstützung!

Eure

Katrin Schmidberger

Politisches

- Seit über 20 Jahren Grünes Mitglied
- Seit 2011 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für Bündnis 90/Die Grünen
- Fraktionssprecherin für Wohnen und Mieten sowie Tourismus
- Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen
- Mitglied im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung
- Mitglied im Aufsichtsrat vom Liegenschaftsfonds Berlin bzw. SODA
- Mitglied im Netzwerk „Mieten und alternative Wohnungspolitik“

Persönliches

- 1982 in Rosenheim geboren und in Neumarkt aufgewachsen
- Seit 2002 in Berlin
- 2005-2011: Studium der Sozialwissenschaften an der HU Berlin
- 2003-2011: Mitarbeiterin bei Hans-Christian Ströbele

Kontakt

- ✉ katrin.schmidberger@gruene-fraktion.berlin
- 🏠 www.katrin-schmidberger.de
- 🐦 <https://twitter.com/kaddinsky>
- 📘 www.facebook.com/katrin.schmidberger.9

Vor Ort

Grünes Parlamentsbüro Kreuzberg
Großbeerenstraße 16
10963 Berlin

Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstr. 5
10117 Berlin

